

12. September 2009

Stellungnahme der Bundesstiftung Baukultur

Vergabestreit um das Humboldtforum ist keine Hilfe für die Baukultur

Mit der Entscheidung der Vergabekammer des Bundes wird dem Wettbewerbswesen ein Bärendienst erwiesen. Ohne die juristische Argumentation des Urteils im Einzelnen kritisieren zu wollen, könnten die Folgen und Nebenwirkungen für die Wettbewerbskultur in Deutschland beträchtlich sein. Denn so droht möglicherweise ein weiterer Schritt der Verlagerung der Entscheidungskompetenz aus der konzeptionell-inhaltlichen Auseinandersetzung in die formal juristische – und dies an dem prominentesten Fall der Republik.

Welcher Bauherr wird sich in Zukunft gerne freiwillig der Herausforderung eines Architektenwettbewerbs mit der ihm immanenten Transparenz und hohen inhaltlichen Diskursqualität stellen, wenn nach Abschluss des Wettbewerbsverfahrens dessen Realisierung durch formale Gründe erschwert oder gar aufgehoben wird? Es ist nach wie vor ein Glücksfall für die Baukultur, wenn sich ein Bauherr von der Durchführung eines Architektenwettbewerbs überzeugen lässt – ein hohes Gut, das wir nicht gefährden sollten. Ein Architektenwettbewerb unter Einbindung der Fachkompetenz erfordert mehr Engagement und Offenheit als die Direktvergabe. Aber ein Wettbewerb erhöht auch die Chancen auf baukulturelle Qualität!

Zur Baukultur gehört unbestritten eine transparente und gerechte Verfahrenskultur, jedoch sollte diese immer im Kontext mit der inhaltlichen Debatte gesehen werden. Diese wurde beim Humboldtforum über mehrere Jahre geführt und mündete nach dem Bundestagsbeschluss in einen Wettbewerb, den die berufene Fachjury nach eingehender Begutachtung mit einem ersten Preis für Franco Stella prämierte.

Die Jury hat in ihrem Votum eindeutig zum Ausdruck gebracht, dass es sich bei dem ersten Preisträger mit Abstand um die angemessenste Lösung für diesen Ort handelt. Dieses finale Juryurteil gilt es zu respektieren, auch wenn manch einen nicht alle Entscheidungen auf dem Weg zur Schlossreplik beglücken. Die Kräfte sollten sich darauf konzentrieren, den Preisträger in die Lage zu versetzen, seinen Entwurf bestmöglich zu realisieren. Unbeschadet dessen bleibt es Teil unserer demokratischen Grundordnung, auch rückblickend, Transparenz in Entscheidungsprozesse zu bringen. Die Plattform dafür sollte jedoch vor allem der ausgetragene inhaltliche Disput auf fachlicher wie auf politischer Ebene sein. Dies würde der baukulturellen Diskussion in unserem Lande besser anstehen als formal-juristische Verfahren, sollten sie aus rechtlicher Perspektive möglicherweise auch noch so begründet sein. Gefallene Entscheidungen müssen dazu dienen, unsere Baukultur weiterzuentwickeln, indem wir sie als andauernden Dialog, als reflexive und konstruktive Streitkultur, praktizieren.

Prof. Michael Braum
Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung Baukultur

Kontakt: Anneke Holz. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Tel: 0331 20 12 59 14 – presse@bundesstiftung-baukultur.de – www.bundesstiftung-baukultur.de